



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Florian von Brunn, Inge Aures, Annette Karl, Margit Wild, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayer** und **Fraktion (SPD)**

Klimaschutz „Dahoam“ statt großer Reden: Bayerische Hausaufgaben bei Energiewende und Verkehrswende erledigen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, aus Klimaschutz-Gründen die Energie- sowie die Verkehrswende in Bayern voranzubringen und dem Landtag umgehend ein schlüssiges Gesamtkonzept vorzulegen.

Das Konzept zur Energiewende muss folgende Kernpunkte enthalten:

1. eine schnelle Abschaltung der letzten vier (nach 2021) laufenden Kohlekraftwerke in Bayern;
2. eine sofortige Abschaffung des Windkraftstopps 10-H-Regelung;
3. eine leistungsmäßige Ausweitung der Photovoltaikflächen in Bayern im Rahmen der Länderöffnungsklausel des EEG;
4. eine Unterstützung der raschen Umsetzung des beschlossenen Ausbaus der Übertragungsnetze in Bayern mit geringstmöglichen Beeinträchtigungen für die Bürger und einer bestandskräftigen Entschädigungspraxis der Grundstückseigentümer und -nutzer;
5. eine rasche Etablierung der Landesagentur für Energie und Klimaschutz zur praktischen Umsetzung von Konzepten, z. B. zum Energiesparen bei Strom und Wärme, sowie der Kontrolle des Einhalts von Energie- und Klimazielen;
6. eine Förderung von und Gründung von Energieagenturen in allen bayerischen Landkreisen und kreisfreien Städten;
7. eine Schulung von Energieberaterinnen und Energieberatern praxisnah gestalten;
8. nach Monitoring aller Förder- und Forschungsprogramme aus dem Bereich Energie, Förderrichtlinien zeitgemäß anpassen und Antragsverfahren entbürokratisieren;
9. ein Programm zur Steigerung der Kapazitäten an Kraft-Wärme-Kopplung in Kommunen, Gewerbe und Industrie zur Verbesserung der Energie-Effizienz bei Strom und Wärme und
10. die Schaffung eines realistischen Markt Designs seitens des Bundes weg vom Energy-only-Markt zu einem fokussierten Kapazitätsmarkt, sodass sich der Betrieb von Gaskraftwerken in Bayern lohnen würde.

Das Konzept zur Verkehrswende muss folgende Kernpunkte enthalten:

1. eine Änderung des Bayerischen ÖPNV-Gesetzes, um die Planung, Organisation und Sicherstellung des allgemeinen Öffentlichen Personennahverkehrs im Bayerischen ÖPNV-Gesetz als Pflichtaufgabe der Landkreise und kreisfreien Gemeinden festzulegen;
2. eine deutliche Stärkung und Ausweitung der Verkehrsverbünde;

3. eine deutliche Erhöhung der Finanzmittel für den ÖPNV (unter anderem für mehr Ersatzinvestitionen und neue Fahrzeuge);
4. ein Bekenntnis, den ÖPNV auch im ländlichen Raum zu einer wirklichen, attraktiven Alternative zum motorisierten Individualverkehr machen zu wollen und entsprechende Investitionen in Taktung und Abdeckung des ÖPNV;
5. Einsatz für eine komplette Überarbeitung des standardisierten Bewertungsverfahrens auf Bundesebene, das im Moment den Ausbau des ÖPNV behindert;
6. die effiziente und zielgerichtete Verwendung der Finanzmittel;
7. eine deutlich verstärkte Förderung der E-Mobilität und anderer schadstoffneutraler Antriebstechniken;
8. eine massive Förderung des Ausbaus der Radwege und der Radinfrastruktur in den Städten und in den ländlichen Regionen und
9. eine Erhöhung der Attraktivität von Alternativen zu Kurzstreckenzubringerflügen und Kurzstreckenflügen.

Begründung:

Ministerpräsident Dr. Markus Söder fordert aus Klimaschutzgründen einen schnelleren Kohleausstieg. Bemerkenswert ist, dass er noch Anfang des Jahres skeptisch war, ob Deutschland gleichzeitig aus Atomkraft und Kohle aussteigen könnte. Allerdings versagt das von CSU und FREIEN WÄHLERN regierte Bayern selbst beim Klimaschutz: Seit 2006 gab es keine Verringerung der Treibhausgas-Emissionen in Bayern. Zuletzt ist der CO₂-Ausstoß sogar gestiegen. Wichtiger als wohlfeile Forderungen ist deshalb konkreter Klimaschutz „Dahoam“.

Populismus und große Worte bringen auch keine neuen gesellschaftlichen Kompromisse. Diese müssen vielmehr seriös und verbindlich mit allen Beteiligten verhandelt werden. Das ist das Gegenteil von Söderscher Politik.

Der Kompromiss der Kohlekommission ermöglicht bereits jetzt einen vorgezogenen Ausstieg, wenn die Voraussetzungen geschaffen sind und ein früherer Kohleausstieg ist aus Klimaschutz-Sicht auch richtig. Effekthaschende Medienäußerungen des derzeitigen Ministerpräsidenten bringen uns diesem Ziel keinen Schritt näher. Die Staatsregierung, vor allem der Ministerpräsident und die Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz sowie für Wohnen, Bau und Verkehr, sollte jedoch zuerst ihre eigenen Hausaufgaben in Bayern erledigen, bevor sie anderen wohlfeile Ratschläge erteilt.

Dazu gehört neuer Schwung für die Energiewende in Bayern durch die Aufhebung der unseligen Windkraftstopp-Regelung und der beschleunigte Ausbau von Wind- und Sonnenenergie. Auch beim Verkehrssektor sind mutige Schritte überfällig. Dazu gehört ein zügiger und kraftvoller Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Stadt und Land, sowie die Förderung emissionsfreier Mobilität beim Personen- und Güterverkehr.